

## Dekade für Alphabetisierung

// Den Worten müssen nun Taten folgen //

Pünktlich am Weltalphabetisierungstag, dem 8. September, haben Bundesregierung und Kultusministerkonferenz (KMK) die bereits im Koalitionsvertrag angekündigte „Dekade für Alphabetisierung“ ausgerufen. Sie soll die im Frühjahr 2011 gestartete „Nationale Strategie“ weiterentwickeln, bei der allerdings auch im Titel noch von „Alphabetisierung und Grundbildung“ die Rede war. Letztere taucht in der gemeinsamen Presseerklärung von Bundesregierung und KMK zwar noch beim Versprechen der Länder von „quantitativem Ausbau“ und „qualitativer Stärkung“ der Angebote auf, dass Grundbildung sonst aber in keiner Weise erwähnt ist, entspricht nicht dem Stand der vielfältigen Bemühungen und der Fachdiskussion der diversen Akteure aus Praxis und Wissenschaft.

Im Gegenteil: Auf der parallel zur Pressekonferenz von Bundesministerin Wanka und KMK-Präsidentin Kurth veranstalteten BMBF/alphabetund-Konferenz war nahezu unisono dafür geworben worden, den engen Begriff des „funktionalen Analphabetismus“ zu überwinden und das weite Feld der Grundbildung endlich nachhaltig und verlässlich mit den notwendigen Ressourcen zu versehen. Das nicht nur, um mehr differenzierte und angemessene Angebote zu realisieren, sondern vor allem, um die Arbeit der zum großen Teil nach wie vor prekär beschäftigten Lehrkräfte wertschätzen und angemessen bezahlen zu können. Dass diese Auffassung nicht nur von DGB und dem Bundesverband Alphabetisierung, sondern ebenso wiederholt von Vertretern/innen der Erwachsenenbildungverbände der beiden Kirchen und der Volkshochschulen sowie aus der Wissenschaft

und in Diskussionsbeiträgen aus dem Plenum geäußert wurde, belegt die Dringlichkeit des Handelns und ermutigt alle Beteiligten, jetzt besonders von den Ländern entsprechende politische Schritte zu fordern.

Kein Zweifel, dass es die Dekade nun gibt, ist ein richtiger und notwendiger Schritt; besser wäre es noch gewesen, man hätte den – bis Ende September immer noch nicht veröffentlichten – Bericht zur Nationalen Strategie in einer umfassenden öffentlichen Debatte ausgewertet und daraus gemeinsam Eckpunkte für eine Dekade entwickelt.

Inwiefern nun z.B. die finanzielle Förderung, wie im Koalitionsvertrag versprochen, tatsächlich „ausgebaut“ wird, muss die Bundesregierung in der kommenden Zeit praktisch belegen. *Bis zu* 180 Millionen Euro sind für die zehn Jahre angekündigt, vergleicht man das mit den Ausgaben des Bundes von ca. 15,8 Millionen Euro in 2014 und ca. 19,5 Millionen Euro in 2015 für diesen Bereich, so lässt sich ein ordentlicher Ausbau nur schwerlich erkennen. Zudem bleibt ein konstruktives Zusammenwirken von Bund und Ländern erschwert, so lange die Koalitionsparteien am Kooperationsverbot in der Bildungspolitik festhalten.

Auf Seiten der Länder ist von der KMK-Präsidentin leider überhaupt nichts Konkretes benannt worden; stattdessen bemühte man sich aufzuzählen, was in diesem oder jenem Bundesland in den vergangenen Jahren mehr für die



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand**  
**Organisationsbereich**  
**Berufliche Bildung**  
**und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Fax:**  
069/78973-103  
**Internet:** www.gew.de  
**Facebook:** facebook.com/  
GEW.DieBildungsgewerkschaft  
**Twitter:**  
twitter.com/gew\_bund

**Vorstandsteam**  
**Bundesfachgruppenausschuss**  
**Erwachsenenbildung**

**Wilfried Rehfeld**  
02571/2587  
dialog@muenster.net

**Ursula Martens-Berkenbrink**  
0531/ 893957  
martens-b@t-online.de

Grundbildung getan wurde. Immerhin wurde der „Ansatz“ der Einrichtung Regionaler Grundbildungszentren, wie sie es inzwischen in mehreren Ländern gibt, erwähnt – in ganz unterschiedlicher Gestaltung, vor allem, was die in der Regel angesichts der Aufgabenfülle unzureichende Finanzierung betrifft. Auch für diesen Bereich der Grundbildung gilt, dass für die zukünftige Arbeit verlässliche und ausreichende finanzielle Mittel in den Landeshaushalten bereitgestellt werden müssen.

Die Bundesbildungsministerin begann ihre Ausführungen mit der Betonung eines politischen Versprechens – es ist an der Zeit, dass sich nun die verschiedenen Akteure von Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland zügig über Mindeststandards und Forderungen für die kommenden Jahre verständigen, um gemeinsam besser im politischen Raum Gehör zu finden. Die vom Bundesverband begonnene Debatte um die Fortschreibung der sog. Bernburger Thesen ([http://www.alphabetisierung.de/fileadmin/files/Dateien/Downloads\\_BV/Bernburger\\_Thesen.pdf](http://www.alphabetisierung.de/fileadmin/files/Dateien/Downloads_BV/Bernburger_Thesen.pdf)) bietet dazu einen möglichen Ausgangspunkt. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind u.a. ein verbesserter Austausch und gemeinsame Aktivitäten der betroffenen Lehrkräfte erforderlich, um endlich Fortschritte in Professionalisierung und entsprechenden Beschäftigungsbedingungen erreichen zu können.

Die GEW setzt sich grundsätzlich für einen Anspruch auf Grundbildung ein, der über Lesen und Schreiben hinausgeht. Grundbildung muss auch der persönlichen und beruflichen Entfaltung sowie der politischen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft dienen. Die Alphabetisierungsdekade kann aus Sicht der GEW dann erfolgreich sein, wenn an deren

Ende ein Grundrecht auf Grundbildung steht.

## Agenda 2030 und Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ende September wurde auf dem Gipfel der Vereinten Nationen die „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Die Agenda soll mit Hilfe von 17 übergeordneten Zielen dazu beitragen, weltweit allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Die Bildungsbildungsinternationale ([http://www.ei-ie.org/en/news/news\\_details/3719](http://www.ei-ie.org/en/news/news_details/3719)) blickt mit Stolz auf die Tatsache, dass mit dem Ziel Nr. 4 „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ der zentrale Stellenwert einer guten Bildung für Alle innerhalb der Agenda deutlich wird. Weitergehende Informationen finden Sie unter <http://www.globalgoals.org/de/global-goals/quality-education/>. Bei nähergehender Betrachtung der Ziele lassen sich auch die „entwickelten Gesellschaften“ als Entwicklungsländer begreifen – so ist gerade im Bildungswesen in Deutschland noch ein weiter Weg hin zu einer hochwertigen, inklusiven und gerechten Bildung einschließlich der Förderung des lebenslangen Lernens zu beschreiten.

Unterdessen hat die Bundesregierung die „Nationale Plattform – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gegründet (<http://www.bmbf.de/de/18448.php>). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ermögliche verantwortungsbewusstes Denken und Handeln, die Plattform baut auf den Erkenntnissen des vorausgegangenen Weltaktionsprogramms der UNESCO auf und versucht, von guten Einzelinitiativen aus allen Bildungsbereichen von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung zu verbindlichen Strukturen zu kommen. Die GEW hat bisher zum Gelingen des Weltaktionsprogramms BNE beigetragen und ihr Mitwirken in den Arbeitsgremien der Plattform angeboten.



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand**  
**Organisationsbereich**  
**Berufliche Bildung**  
**und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Fax:** 069/78973-103  
**Internet:** www.gew.de  
**Facebook:** facebook.com/  
GEW.DieBildungsgewerkschaft  
**Twitter:** twitter.com/gew\_bund

**Vorstandsteam**  
**Bundesfachgruppenausschuss**  
**Erwachsenenbildung**

**Wilfried Rehfeld**  
02571/2587  
dialog@muenster.net

**Ursula Martens-Berkenbrink**  
0531/ 893957  
martens-b@t-online.de